

Berlin, 24. November 2009

xxxx/09

**Mitteilung für die Presse**

**Rede**

des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Sigmar Gabriel**

beim Deutschen Arbeitgebtag

am 24. November 2009 in Berlin

- Sperrfrist: Redebeginn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit an der Wall Street die Investmentbanken in sich zusammenfielen. Ereignisse, die erst die Finanzkrise dramatisch verschärften und dann die weltweite Wirtschaftskrise auslösten. Wir standen am Rande des Abgrunds. Es drohte die Kernschmelze des globalen Finanzsystems mit nachfolgender wirtschaftlicher Depression.

Jetzt, ein Jahr später, können wir in Deutschland eine – gemessen an den gewaltigen Herausforderungen – durchaus positive Bilanz ziehen. Katastrophenszenarien mit zigtausend kleinen und mittleren Unternehmen, die von der Krise hinweggefegt werden, und einem Heer von Arbeitslosen haben sich nicht bewahrheitet, zum Glück. Doch es war bei weitem nicht nur Glück, es hat viel mit dem erwähnten Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft und natürlich auch Gewerkschaften zu tun.

Daran, dass es nicht schlimmer gekommen ist, haben Sie als Unternehmer und Arbeitgeber, aber auch die Gewerkschaften und die damalige Bundesregierung der Großen Koalition einen nicht unerheblichen Anteil. Das Krisenmanagement in Deutschland hat weltweit Bestnoten bekommen.

Davon kann derzeit angesichts massiver Kritik an den wirtschaftspolitischen Beschlüssen der neuen Bundesregierung wohl kaum die Rede sein. Und man muss nicht Sozialdemokrat und in der Opposition sein, um die Pläne von CDU/CSU und FDP zu kritisieren, sondern die massive Kritik kommt von der OECD, der Bundesbank, den Wirtschaftsweisen im Sachverständigenrat und sogar vom IWF. Die neue Bundesregierung setzt viel aufs Spiel, was wir in Deutschland zusammen mit Unternehmen und Gewerkschaften erreicht hatten. Mehr noch: die meisten Experten sind sich einig: die Vorschläge der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP bergen die große Gefahr in sich, die Krise zu verschlimmern statt sie zu mildern.

Und das in einer Situation, in der man wohl kaum behaupten kann, die Krise sei überstanden. Auch wenn die Produktion sich zuletzt merklich stabilisiert hat, hängt die Wirtschaft immer noch am Tropf des Staates und der Zentralbanken. Ein selbsttragender Aufschwung ist noch nicht in Sicht. Der Krise der Finanzmärkte folgte die Krise der Realwirtschaft, der sich wiederum die Krisen auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten und in den Sozialversicherungssystemen anschlossen.

Dabei ist die Krise längst noch nicht überwunden.

- Heute hat das Statistische Bundesamt ein Wachstum gegenüber dem Vorjahresquartal in Höhe von 0,7 Prozent gemeldet. Im kommenden Jahr dürfte dank der weltweiten Konjunkturprogramme wieder ein Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent zu erreichen sein. Damit liegen wir aber immer noch deutlich unter dem Wirtschaftsprodukt vor Krisenbeginn.
- Zu befürchten ist im kommenden Jahr ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen.
- Das gesamtstaatliche Defizit kann 2010 rund 130 Milliarden Euro betragen. Die Schuldenstandsquote, d.h. die Staatsverschuldung in Relation zur Wirtschaftsleistung, die im Jahr 2007 noch 65 Prozent betragen hat, könnte im Jahr 2011 auf fast 80 Prozent ansteigen.

Übersetzt heißt das nichts anderes, als dass in Zukunft Steuern im Wesentlichen zur Finanzierung der Schulden erhoben werden statt für Bildung, Infrastruktur oder soziale und innere Sicherheit! Und ausgerechnet in dieser Situation plant die neue Bundesregierung

gegen wirklich alle Warnungen, das Problem durch weitere schuldenfinanzierte Steuersenkungen noch zu vergrößern. Es wird Sie nicht überraschen, dass die SPD diesen Weg für falsch hält.

### **Drei Ursachen der Krise**

Wer die Krise überwinden will, muss zu allererst ihre Ursachen verstehen. Die erste Ursache war und ist die völlige Entfesselung und Verwahrlosung der internationalen Finanzmärkte. Die eigentliche Aufgabe der Finanzmärkte besteht darin, Wertschöpfung in der nicht-finanziellen Wirtschaft zu ermöglichen. Doch statt sich dieser Pflicht zu widmen, wurden in einer Art moderner Alchemie hoch komplexe Finanzierungsprodukte geschaffen, mit denen nicht nur staatliche Regulierungen umgangen, sondern auch viele gutgläubige Investoren um ihre Ersparnisse gebracht wurden. Die katastrophalen Folgen beschäftigen uns bis heute und werden uns wohl noch Jahre beschäftigen.

Die zweite Ursache sind die globalen Ungleichgewichte. Es entstehen globale Schieflagen, wenn einzelne Volkswirtschaften sich durch ihre Defizite im Außenhandel immer weiter global verschulden. Viele Volkswirtschaften wähten sich reich, weil sie dank ihrer Außenhandelsüberschüsse so viel Kapital exportierten und in Finanzanlagen investierten, statt auf ihrem Inlandsmarkt in die Realwirtschaft. Zu dieser Art von Ländern gehören China, Japan aber eben auch Deutschland. Dieses Kartenhaus ist mit der Finanzkrise zusammengebrochen.

Die dritte – oft vergessene – Ursache ist aber auch die teilweise dramatische Zunahme der sozialen Ungleichheit in den Industrieländern. Dort hat sich eine einkommens- und vermögensstarke Oberschicht immer weiter von den Mittel- und Unterschichten entfernt, die vom letzten Aufschwung auch in Deutschland im Durchschnitt eben nicht profitiert haben. Das hat nicht nur moralische, politische und soziale Probleme zur Folge, sondern auch ökonomische. Dort, wo sich große Vermögen anhäufen, entsteht auch Appetit auf riskante Anlageformen. Dort, wo das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, entsteht entweder Kredithunger mit der Gefahr der Überschuldung – wie in den USA – oder eine Konsumschwäche wie in Deutschland. Beides gefährdet Wachstum.

Es ist die Aufgabe der derzeitigen Generation von Politikerinnen und Politikern, ein „Weiter so“ oder eine Rückkehr zu einer Politik wie vor der Krise zu verhindern. Dabei müssen vor allem die Probleme der globalen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik gelöst werden. Deutschland wird diese Krise nur meistern, wenn es sie im Einklang mit unseren Partnern in der EU bekämpft.

Die Politik in Deutschland muss sich diesen gewaltigen Herausforderungen stellen. Es geht sicher immer auch um den Wettbewerb um die besten Ideen in der Politik. Aber wir stehen noch immer auf so dünnem Eis, dass Experimente darauf schnell zum Einbrechen führen. Ich plädiere deshalb ausdrücklich dafür, dass Regierungsmehrheit und Opposition immer wieder den Versuch unternehmen, unser Land gemeinsam durch diese Krise zu steuern und es – wenn möglich – sogar gestärkt aus der Krise heraus zu bringen. Dass die SPD die Bundestagswahlen verloren hat, ändert jedenfalls nichts an unserem Verantwortungsbewusstsein.

Deshalb biete ich gemeinsam mit Frank-Walter Steinmeier der Bundeskanzlerin einen **„Pakt der wirtschaftlichen Vernunft“** an, auf dessen Basis eine Wirtschaftspolitik möglich ist, die unsere Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer macht.

## **Pakt der wirtschaftlichen Vernunft**

### **1. Finanzmarktregulierung**

Das erste und wichtigste Element dieses Paktes muss die Regulierung der Finanzmärkte sein. Die Regeln sollen einfach und robust, aber zugleich auch umfassend und frei von Schlupflöchern sein.

Tatsächlich sind wir davon allerdings noch weit entfernt. Der sogenannten „Finanzmarkt-Industrie“ – ein für meine Begriffe wirklich irreführender Begriff – geht es in weiten Teilen wieder gut – zu gut, wenn man die Interviews z.B. des Chefs der Deutschen Bank liest.

Natürlich sind stabile Finanzmärkte im Interesse der Gesamtwirtschaft. Die Sicherheit der Bankeinlagen ist ein öffentliches Gut. Das bedeutet aber nicht, dass die öffentliche Hand von den Banken weiterhin für alle selbst verschuldeten Risiken in Verantwortung genommen werden kann.

Der in der vergangenen Woche vom Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank formulierte Vorschlag, einen Bankennotfallfonds einzurichten, macht den Chef der Deutschen Bank zu einem wirklichen Propagandisten des realen Sozialismus, denn nur der hat es für richtig gehalten, Gewinne für eine kleine Gruppe zu privatisieren, die riesigen Verluste jedoch zu sozialisieren. Ackermanns Ruf nach einem neuen „Verlust-Sozialismus“, bei dem die Gewinne privatisiert werden, die Verluste aber sozialisiert, macht den Staat zum „Aktionär der letzten Instanz“. Er will die Gesamtwirtschaft in Mithaftung nehmen - also auch Sie hier im Saal - für die Hochrisikopraxis einiger Banken.

In einer Sozialen Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe, muss es aber auch wieder eine klare Eigenverantwortung für Risiken geben. Zu dieser Eigenverantwortung gehört vor allem, dass man für den Fall von Verlusten dafür auch selbst einsteht. Um das sicher zu stellen, brauchen wir Lösungen, bei denen einzelne Banken nicht mehr die sogenannte „Systemrelevanz“ erreichen können und deshalb ihr Erpressungspotential gegenüber der Politik verlieren.

Die sich verbessernde Lage auf den Finanzmärkten lässt aber offenbar die alten Untugenden wieder modern erscheinen. Dabei sind die von den Banken erzielten Gewinne gerade nicht die Folge eigener Anstrengungen, sondern Folge außergewöhnlich umfangreicher öffentlicher Rettungsaktionen. Neben den gewaltigen Stabilisierungsprogrammen der öffentlichen Haushalte haben vor allem die Notenbanken mit extrem niedrigen Zinsen und teilweise sehr unkonventionellen Maßnahmen dafür gesorgt, dass es den Banken jetzt wieder deutlich besser geht. Ihre Ertragslage ist zudem durch die enormen staatlichen Anleiheemissionen stabilisiert worden.

Die dabei entstehenden Renten sind enorm. So hat Goldman / Sachs an 35 von 60 Handelstagen bereits wieder einen Tagesgewinn von 100 Mio. Euro erzielt. Das sind nichts anderes als „windfall profits“, leistungslose Gewinne also, die aus meiner Sicht durch eine Sonderabgabe auf Finanztransaktionen belegt werden könnten, wie es der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle vorgeschlagen hat.

Wie wäre es, wenn wir die Einnahmen einer solchen Sonderabgabe für die leistungslosen Gewinne des Bankensektors nutzen würden, um an den deutschen Mittelstand Investitionszulagen zu zahlen, die Abschreibungsbedingungen für Investitionen deutlich zu verbessern oder Sozialabgaben zu verringern? Dann würde sich Leistung tatsächlich lohnen.

Eine solche Sonderabgabe würde dazu beitragen, den Bankensektor an der Refinanzierung der enormen finanziellen Belastung der öffentlichen Haushalte für die Stabilisierung der Konjunktur – und damit letztlich der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – zu beteiligen. Das wäre nichts anderes als die Anwendung des Verursacherprinzips.

Die Ursachen der Fehlentwicklungen auf dem Finanzmarktsektor liegen nicht in der „Gier einzelner verantwortungsloser Manager“. Wichtiger ist die Erkenntnis, dass die Finanzwirtschaft eine eigene Logik entwickelt hat, die allzu häufig nicht den Interessen der Gesamtwirtschaft folgt. Es geht deshalb auch nicht um das moralische Versagen einiger ökonomischer Eliten oder Manager, wie uns manche weismachen wollen.

Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat mit dieser Legende in einem bemerkenswerten Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* aufgeräumt. Böckenförde stellt darin fest, dass die verantwortlichen Manager nichts anderes gemacht haben, als die Möglichkeiten des Kapitalismus und des Finanzkapitalismus und deren gesetzliche Grundlagen zu nutzen. Sie haben sich systemgerecht verhalten.

Das Problem ist nicht das Eigeninteresse der Akteure, das Problem ist die mangelnde Nachhaltigkeit, der Bann des schnellen Geldes. Er ist nicht nur auf kurzfristig angelegte Vergütungsregeln zurückzuführen. Sondern auf den Zwang von Aktienbanken, jedes Vierteljahr einen Erfolgsausweis vorzulegen, auf Bilanzierungsregeln, die es erlauben, unrealisierte Gewinne auszuschütten und auf bankenaufsichtsrechtliche Regeln, die gerade dann geringe Eigenkapitalpuffer erfordern, wenn der Boom seinem Höhepunkt entgegengeht.

Es nützt nichts, nur Verantwortungsbewusstsein einzufordern. Es bedarf vielmehr adäquater gesetzlicher Regulierungen, um die verständlichen einzelwirtschaftlichen Interessen der Banken und Finanzmarktakteure mit den Erfordernissen gesamtwirtschaftlicher Stabilität in Einklang zu bringen.

Moralische Appelle sind solange wirkungslos, so lange die politischen Entscheidungsträger nicht den Mut zu grundlegenden Reformen haben. Wie wenig sich durch die Krise bewegt hat, zeigt sich am deutlichsten bei den Bemühungen, um eine länderübergreifende Bankenaufsicht. Zumindest auf europäischer Ebene oder innerhalb des Euroraums sollte es möglich sein, eine gemeinsame Bankenaufsicht zu etablieren. Wie sollen national aufgestellte Aufsichtsbehörden jemals mit einem international voll vernetzten Finanzsystem zu Rande kommen?

Gerade einmal ein Jahr nach dem großen Crash erleben wir nun, dass das Casino wieder eröffnet wurde. Nicht nur Goldman Sachs meldet wieder Quartalsgewinne von 3,3 Mrd. Euro, das Geschäft mit Derivaten und CDOs boomt und an den internationalen Rohstoffbörsen erleben wir einen Preisauftrieb (Seit Jahresanfang: Zucker plus 79 Prozent, Rohöl plus 112 Prozent), der mit steigender Nachfrage nur wenig zu tun hat.

Welche Instabilität dieses Casino in sich birgt, zeigt eine Zahl des Chefs der britischen Finanzaufsicht: Lag der Wert aller Währungsgeschäfte und Auslandsinvestitionen in den 70er Jahren beim Doppeltes des realen Welthandelsvolumens, übersteigt die Währungsspekulation den Handel heute um das 20-fache.

Diese neue Blase nennt „DER SPIEGEL“ in seiner aktuellen Ausgabe zu Recht den „Wahnsinn 2.0“. Es geht nicht um die Frage, ob diese Blase platzt, sondern wann dies der Fall sein wird und welches Ausmaß die nächste Krise annimmt.

Neben den Arbeitnehmern sind es vor allem die Unternehmen der „Realwirtschaft“, nicht zuletzt der Mittelstand, der ein Interesse daran haben sollte, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Sie sind es, auf die Private-Equity-Unternehmen und Hedgefonds Jagd machen. Sie sind es, die spekulativ überhöhte Rohstoffpreise zu zahlen haben. Und in der Krise zahlen Sie dreifach: Als Steuerzahler für die Rettung der Banken, als Rohstoffkunden für Spekulationspreise und als potenzielle Kreditnehmer, denen der Geldhahn abgedreht wird. Oder die überhöhte Zinsen zahlen sollen, damit der Bankensektor sein verzocktes Eigenkapital erneut bilden kann.

Wer aber vom Finanzkapitalismus nicht reden will, der soll von der Sozialen Marktwirtschaft schweigen. Ich meine damit, dass wir in den letzten Jahren Elemente eines anderen durch Finanzmärkte dominierten Modells der Marktwirtschaft in unser System eingebaut haben, die in unserer stärker real- und industriegeprägten Wirtschaft kaum hineinpassen. Das gilt für die Dominanz der Finanz- über die Realwirtschaft, das gilt für die Orientierung am Shareholder Value, das gilt auch für die Bilanzierungsstandards. Allesamt Institutionen, die tendenziell eher die kurze Frist betonen. Damit dienen sie nicht der langfristigen Wertschöpfung.

Wir unterstützen deshalb zwar einige Vorschläge aus dem Koalitionsvertrag der neuen Regierung, wie beispielsweise verschärfte Eigenkapitalvorschriften für Banken. Aber die von der Regierung geplante Finanzmarktregulierung ist halbherzig, sie greift zu kurz und trifft nicht den Kern, um den es eigentlich geht: Instrumente zu finden, um Investitionen in der Realwirtschaft gegenüber der Finanzanlage zu stärken. Oder um es auf den Punkt zu bringen: Investition vor Spekulation. Dazu gehören wirksame Maßnahmen, um die Stabilität des Finanzsektors zu erhöhen. Und dazu gehört es, den Anreiz, Kapital an den Finanzmärkten statt in die Realwirtschaft zu investieren, zu reduzieren.

Wir müssen Risikoprodukte wie Verbriefungen stärker kontrollieren und beschränken und einen Finanz-TÜV für Finanzprodukte einführen. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Wir haben doch gesehen, dass Ratingagenturen enorme Risiken für die Allgemeinheit auslösen können. Erst haben sie für den deutschen Mittelstand den Kreditbedarf über das Basel II Abkommen erheblich verteuert und erschwert – und dann haben die gleichen Agenturen diese Regeln gerade dort nicht angewandt, wofür sie eigentlich geschaffen wurden: im Investmentbanking. Die Ratingagenturen müssen mindestens in Europa unter eine stärkere öffentliche Kontrolle, wenn nicht gar als öffentliche Institution geführt werden. Sonst machen wir erneut den Bock zum Gärtner.

## **2. Kreditversorgung des Mittelstandes**

Der zweite Bestandteil eines solchen Paktes für wirtschaftliche Vernunft ist die Kreditversorgung des Mittelstandes. Die Finanzkrise ist – auch wenn das einige schon wieder glauben wollen – noch längst nicht ausgestanden. Das Licht am Ende des Tunnels, was manche sehen, kann leicht auch der entgegenkommende Zug sein.

Um die Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität sicherzustellen, müssen wir unsere ideologischen Scheuklappen ablegen und neue Maßnahmen ergreifen, die über die bislang getroffenen hinausgehen. Das kann es auch erfordern, dass die öffentliche Hand einen größeren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Finanzinstitute ausübt.

Selbst der ansonsten recht marktwirtschaftlich denkende ifo-Chef Hans-Werner Sinn fordert schon seit Monaten eine direkte Beteiligung des Staates an Banken sowie Zwangshilfen. In Großbritannien und den USA sind Banken in großem Umfang (teil-

verstaatlicht worden. Nur wir in Deutschland haben uns – wohl aus Angst, in eine bestimmte Ecke gestellt zu werden – dem widersetzt.

Ich plädiere für mehr Mut. Das sind wir auch dem Steuerzahler schuldig. Den Bürgern ist schwer zu vermitteln, warum der Staat mit Milliardenbeträgen die Finanzwirtschaft unterstützt, diese aber sobald wie möglich in ihre alten Strukturen zurückfallen will. Ich sage ganz deutlich: Es geht nicht um möglichst hohe Eigenkapitalrenditen, sondern um Banken, die ihre Funktion in der Volkswirtschaft wahrnehmen.

Wem der Staat hilft, der muss auch die Regeln für das Allgemeinwohl akzeptieren.

In diesem Zusammenhang müssen wir uns auch mit der Größe und die Struktur der Finanzinstitute beschäftigen. Der Zustand, dass manche Banken sich auf Grund ihrer Größe nahezu alles leisten können, da der Steuerzahler im schlimmsten Fall einspringt, ist unhaltbar. Systemrelevanz darf es in Zukunft nicht mehr geben. Der Staat und die Steuerzahler dürfen nicht erpressbar sein!

Lassen Sie mich ein Wort zum Thema „Opel“ sagen: Es ist klare Position der SPD, dass das Unternehmen und alle Standorte erhalten werden müssen – auch weil an diesem Unternehmen viele weitere Arbeitsplätze und unverzichtbare Wertschöpfungsketten in Deutschland hängen. Wir brauchen daher so schnell wie möglich von GM einen belastbaren Sanierungsplan. Es darf allerdings nicht sein, dass die Standortländer gegeneinander ausgespielt werden. EU-Industriekommissar Günter Verheugen hat völlig Recht: Eine Auktionierung von Arbeitsplätzen muss verhindert werden. Wichtig ist allerdings, dass die Bundesregierung Farbe bekennt. Noch ist völlig unklar, ob sich die industriepolitisch pragmatische Position der Kanzlerin oder die ordnungspolitisch ideologische Position des Bundeswirtschaftsministers durchsetzt.

Ich kann auch hier nur vor ideologischen Lösungen warnen: Am Ende zahlen viele hier im Saal die Zeche, denn die Lasten, die z.B. auf den Pensionssicherungsfonds zukämen, sind Milliarden Euro, die durch höhere Beiträge Ihrer Unternehmen zu bezahlen wären.

### **3. Voodoo-Keynsianismus gefährdet die wirtschaftliche Erholung**

Die Finanzmärkte in Deutschland und Europa müssen reguliert werden. Aber natürlich muss es auch weiterhin darum gehen, die konjunkturelle Erholung zu stabilisieren und sie in eine Phase stabilen Wachstums einmünden zu lassen. Ein nachhaltiges Wachstum und ein hoher Beschäftigungsstand sind die zwingenden Voraussetzungen, um die enormen Schulden zurück zu führen und zugleich dem Druck auf die sozialen Sicherungssysteme standhalten zu können. Die Finanzkrise hat zu einem gravierenden Potenzialeinbruch geführt. Wenn sie nicht richtig gemanagt wird, wird sie auch zu einem Rückgang der mittelfristigen Wachstumsrate führen. Das ist die größte Gefahr, die alle Experten von OECD bis Bundesbank bei der derzeitigen Konjunkturpolitik der Bundesregierung sehen. Am Ende würde die Schuldenlast umso schwerer zu tragen sein.

Wir haben in den letzten Jahren in Deutschland vieles getan, was die Unternehmen gefordert haben, um die Investitionsbedingungen deutlich zu verbessern. Die Steuerpolitik hat dazu einen Beitrag geleistet. Wir haben die Unternehmenssteuern gesenkt, mit der Unternehmenssteuerreform 2008 haben wir den Körperschaftsteuersatz auf inzwischen 15 Prozent reduziert. Die Vermögenssteuer wurde 1997 ausgesetzt. Der Spitzensatz der Einkommensteuer liegt nicht mehr bei 53 Prozent wie in der Regierung Kohl, sondern bei 42 bzw. 45 Prozent.

Und dennoch ist die Bruttoinvestitionsquote gesunken. Sie lag Anfang der 70er Jahre bei 25 Prozent, im Jahr 2000 bei 21,5 Prozent und beträgt jetzt noch knapp über 18 Prozent. Für die langfristige Entwicklung noch wichtiger ist die Nettoinvestitionsquote, da diese die Ersatzeinvestitionen nicht berücksichtigt. Sie betrug 1990 noch 7 Prozent und liegt nun unter 4 Prozent.

Die Bundeskanzlerin hat vorhin ihre „Wachstumsstrategie“ erläutert. Der Kern dieser Strategie will durch steuerliche Impulse bei der Einkommenssteuer Wachstum erzeugen. Der IWF und auch die Bundesbank haben sich deutlich gegen defizitfinanzierte Steuersenkungen ausgesprochen. Damit ist nur ein Anstieg der Schulden verbunden, ohne die Schuldentragfähigkeit zu erhöhen.

Das von der Bundesregierung vorgelegte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bedient Klientelinteressen. Aber es leistet keinen Beitrag zu mehr Wachstum, schon gar nicht zu beschleunigtem Wachstum. Die familienpolitischen Leistungen sind noch am sinnvollsten, doch sie begünstigen vor allem Gutverdiener. Von den Veränderungen der Unternehmenssteuer profitieren Großkonzerne, nicht der Mittelstand. Es gibt eine Umsatzsteuerreduzierung für Hotels und Begünstigungen für Erben. Man mag das alles gesellschaftspolitisch richtig finden oder nicht – wirtschaftspolitisch vernünftig ist das nicht. Denn das Paket löst weder zusätzliche investive Impulse aus, noch stärkt es die Einkommen derer, die das Geld auch ausgeben.

So richtig es ist, die Kaufkraft zu stärken – wir müssen auch zu Kenntnis nehmen, dass gerade in der Krise die Sparquote gestiegen ist. Sie liegt bei durchschnittlich 11,2 Prozent und damit so hoch wie seit 14 Jahren nicht mehr. Wichtiger noch: Bei den Einkommen, die die Regierung überproportional entlasten will, liegt die Sparquote bei 15 oder sogar 20 Prozent. Ein großer Teil der beabsichtigten Wirkung von Steuersenkungen würde also verpuffen. Und die unteren 40 Prozent der Haushalte mit niedrigen Sparquoten profitieren nicht von der Steuersenkung, da sie gar keine Einkommensteuer zahlen.

Die geplante Einkommenssteuersenkung macht den Staat ärmer und die Sparbücher reicher – aber ihre Auftragslage hier im Saal nicht besser. Es geht um viel Ideologie und Klientelpolitik, aber wenig um wirtschaftliche Vernunft.

In der modernen Wirtschaftsforschung ist unumstritten, dass öffentliche Investitionen stärkere Wachstumseffekte nach sich ziehen als Steuersenkungen. So zeigt eine Untersuchung der Uni Leipzig, dass jeder Euro, der in öffentliche Investitionen geht, einen zweieinhalb-fachen Effekt in Bezug auf zusätzliches Wachstum hat, als wenn man diesen für allgemeine Steuersenkungen verwenden würde.

Genau diese Investitionen werden aufs Spiel gesetzt. Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen geleistet. Ihnen werden in den kommenden Jahren aber wichtige Einnahmen fehlen. Zu Recht beklagt die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth: „Viele Städte können weitere Mindereinnahmen definitiv nicht verkraften.“

Das aktuelle Jahresgutachten des Sachverständigenrats kommt – bezeichnenderweise unter der Überschrift „Die Zukunft nicht verspielen“ – zu dem Schluss: „Angesichts der enormen Konsolidierungserfordernisse sind derartige Steuersenkungsversprechen ohne solide Gegenfinanzierung mit einer seriösen Finanzpolitik nicht vereinbar“.

Für die Gegenfinanzierung bietet das Gutachten zwei Optionen an: Einnahmeerhöhungen oder massive Leistungskürzungen. An eine Gegenfinanzierung durch Wachstum glauben die fünf Weisen offenbar nicht.

Auch die Bundesbank nennt diese Politik „ein problematisches Signal“.

Was die Bundesregierung plant, ist ein Voodoo-Keynesianismus, der mit moderner Makroökonomie nichts zu tun hat. Es ist ja schon putzig zu beobachten, wie eine pur ideologisch motivierte Steuerpolitik der FDP zu einer angeblich „gezielten Nachfragepolitik“ der CDU umgedichtet wird.

Für eine Nachfragepolitik gelten aber immer noch die drei T: Sie muss

- timely
- temporary
- targeted

sein.

Keine der drei Bedingungen wird durch die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung eingehalten: Die Wirkungen – wenn es denn welche gibt – der Steuersenkungen kommen – wenn sie denn kommen – nach 2011. Wir brauchen aber für 2010 und 2011 Konjunkturimpulse. Die Maßnahmen sind gerade nicht „temporary“, sondern zeitlich unbefristet. Und sie sind gerade nicht „targeted“, sondern eher ein Schrotschuss in die Gesellschaft – wobei die meisten Treffer bei den entstehenden Staatsschulden gemacht werden.

Aus meiner Sicht waren bei den beschlossenen Maßnahmen eher „Theologen“ unterwegs als „Ökonomen“, jedenfalls enthalten sie mehr Glaubenssätze als wirtschaftliche Vernunft.

#### **4. Pakt der Vernunft für Investitionen und Arbeit**

Was wir in Deutschland brauchen, ist eine Politik des intelligenten Wachstums. Eine Politik, die die Wachstumspotenziale unserer Volkswirtschaft nachhaltig erhöht und gezielt ausschöpft. Dies ist der Kern unseres Angebots an die Bundeskanzlerin für einen Pakt wirtschaftlicher Vernunft in Deutschland.

Wir stehen vor einer historischen Weggabelung. Entweder wir gehen den Trampelpfad eines niedrigen Wachstums, mit geringen Zukunftsinvestitionen und hoher Arbeitslosigkeit, vor allem bei Menschen mit geringeren Qualifikationen.

Oder wir schlagen den Weg eines hohen Wachstums ein. Dies setzt voraus, dass wir alle Produktivkräfte mobilisieren: gut ausgebildete Arbeitskräfte, neues Wissen und neue Ideen und viel mehr unternehmerische Investitionen als in den vergangenen Jahren.

Dies bedeutet:

1. Wir müssen die unternehmerischen Investitionen steigern, vor allem dort, wo sie zu einem nachhaltigen Wachstum und Beschäftigung beitragen und
2. wir brauchen einen massiven Schub bei den Investitionen in unser Bildungssystem.

Sie mögen erstaunt sein: aber wir Sozialdemokraten plädieren gerade nicht für Pseudo-Keynesianische Schrotschüsse, sondern für eine kluge Mischung aus angebots- und nachfrageorientierten Maßnahmen.

1. Zu einem gemeinsamen Pakt der Vernunft gehört, dass wir die dramatische Verschuldung des Staates nicht weiter anwachsen lassen. Deshalb muss die Bundesregierung auf die Teile des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes verzichten, die nicht den Familien zugute kommen sowie auf die ab 2011 geplanten weitergehenden Einkommenssteuersenkungen in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro pro Jahr. Solche Steuergeschenke sind bei einem

voraussichtlichen mittelfristigen Finanzierungsdefizit von rund 90 Mrd. Euro völlig unverantwortlich.

Die Folge wären dramatische Mindereinnahmen bei den Haushalten der Länder und Kommunen. Von 24 Mrd. Euro Steuergeschenken kommen mindestens 12 Mrd. Euro als fehlende Mittel für Kindergärten, Schulen, Universitäten und Infrastruktur an.

Und wer dann noch Geld verschenkt, um Eltern den Nicht-Besuch von Kindergärten zu entlohnen, der muss sich über die katastrophalen Folgen für die Integration nicht nur der ausländischen Unterschichtkinder nicht wundern. Schon heute ist es oft schwierig, Eltern davon zu überzeugen, dass sie für die gute Vorbereitung ihrer Kinder auf die Schule im Kindergarten Geld bezahlen müssen. Völlig scheitern wird das, wenn der Verzicht auf Integration durch ein Betreuungsgeld für die Mutter oder die Oma auch noch belohnt wird. Dieser Beschluss der neuen Bundesregierung ist nicht nur ökonomischer Unsinn, er ist vor allem eine Aufforderung zur Integrations-Verweigerung.

2. Angesichts der historischen Dimension der Krise bieten wir der Bundesregierung die Zusammenarbeit an. Wir tragen – Opposition und Regierungsmehrheit im Deutschen Bundestag – gemeinsam den dringend notwendigen Abbau unsinniger und volkswirtschaftlich schädlicher Subventionen. Subventionsabbau wird von fast jedem Politiker gefordert – aber von fast keinem gemacht. Der Grund ist einfach: Subventionsabbau bringt erheblichen und massierten politischen Ärger – ohne, dass die davon Begünstigten sich bemerkbar machen.

Und ich nehme an, auch im BDA werden die eigenen Aufrufe zum Subventionsabbau schnell in den hinteren Aktenschränken verschwinden, wenn wir damit wirklich mal anfangen würden.

Unser Angebot an die Bundesregierung: Lasst uns gemeinsam unsinnige – insbesondere ökologisch schädliche – Subventionen abbauen.

3. In der Höhe, in der wir Subventionen gemeinsam abbauen, schaffen wir einen Fonds „Nachhaltige Zukunftsinvestitionen“. Das Ziel sollten Investitionsförderungen in Höhe von 10 Mrd. Euro sein.

Dieser Fonds soll helfen, die Investitionsquote des Unternehmenssektors deutlich zu steigern. Mit den Mitteln würden wir einen abgestimmten angebotsorientierten Maßnahmen-Mix finanzieren. Hierzu wird eine Anhebung der degressiven AfA gehören, ebenso Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen, Steuerersparnisse für Forschung und Entwicklung und gezielte Existenzgründungshilfen.

4. Es ist die deutsche Wirtschaft, die zu Recht seit Jahren darauf hinweist, dass Deutschland seine Bildungsinvestitionen dauerhaft um mindestens 20 Mrd. Euro anheben müsste, um zumindest den OECD-Durchschnitt zu erreichen. Zugleich haben wir in Deutschland das Ziel vereinbart, bis 2015 mindestens 3 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung und 7 Prozent in Bildung zu investieren.

Ich plädiere dafür, dass der Bund in den kommenden vier Jahren dafür sorgt, dass 10 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich in Bildung und Forschung investiert werden. Damit soll der eigene Anteil des Bundes abgedeckt werden aber auch

die Länder und Kommunen sollen teilhaben an diesen zusätzlichen Mittel. Das derzeitige Kooperationsverbot im Grundgesetz war ein Irrweg und muss weg.

Im Rahmen dieses Paktes müssen Länder und Kommunen nicht die Last der bislang geplanten Einkommenssteuersenkungen schultern, denn die Konsequenz einer solchen Einkommenssteuersenkung wären nicht steigende, sondern sinkenden Bildungsausgaben. Die einzigen Budgets, die in den Länderhaushalten für Einsparungen zur Verfügung stehen, sind die Bildungs- und Kommunalbudgets. Es würde also zu massiven Kürzungen bei Kindergärten, Lehrern, Schulen und Universitäten kommen müssen, wenn die Koalition wirklich ihre völlig absurden Steuersenkungspläne realisiert. Den im Koalitionsvertrag geplanten 3 Mrd. Euro zusätzlich durch den Bund stünden dann bis zu 12 Mrd. Euro Kürzungen gegenüber. Zugleich müssen die Länder jedoch sicherstellen, dass die so genannte „demografische Rendite“, also mögliche Kürzungen durch sinkende Schülerzahlen, im Bildungssystem verbleibt.

5. Ebenfalls zur Gegenfinanzierung – und um die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen – sollten auch Börsenumsätze einer Umsatzbesteuerung unterliegen. Wir streben eine internationale oder mindestens europäische Lösung an. Eine Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild lässt sich aber auch national verwirklichen und würde ca. 3 Mrd. Euro erbringen. Ferner soll der Kampf gegen die Steuerhinterziehung, wie von Peer Steinbrück begonnen, verstärkt werden. Auch hierdurch lassen sich bis zu 2 Milliarden Euro aufbringen.

Unser Ziel ist ein Pakt auf der Ebene der Steuer- und Haushaltspolitik, bei dem es nicht in erster Linie um konjunkturelle Impulse geht, sondern um einen Weg, der Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad führt.

Ich denke, das wäre eine Grundlage, mit dem der am 2. Dezember geplante „Krisengipfel“ das Land tatsächlich voranbringen würde. Bleibt es bei den unausgegorenen und ideologischen Maßnahmen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, wird es auch nach dem neuerlichen Krisengipfel heißen: „Über allen Gipfeln ist Ruh“.

## **5. Nachhaltiges Wachstum – soziale Sicherheit – ökologische Vernunft**

Dieser Pakt der Vernunft wäre ein Einstieg in ein intelligentes Wachstumsmodell, das nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortungsbereitschaft miteinander verzahnt.

In Deutschland gilt eigentlich noch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967. Schaut man sich das dort beschriebene „magische Viereck“ an, so stellt man fest, dass von den Zielen in den letzten Jahren wohl am ehesten die Preisstabilität erreicht wurde. Ein hoher Beschäftigungsstand nicht, ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum auch nicht immer. Und bei dem im internationalen Vergleich sehr hohen Überschuss in der Leistungsbilanz kann man wohl kaum von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht sprechen.

Meine Überzeugung ist, dass wir weiterhin auf einen starken Exportsektor setzen sollten. Aber wir sollten zugleich alles tun, um mit der Binnennachfrage auch das zweite und für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch wichtigere Standbein unserer Wirtschaft zu stärken.

Diese Binnennachfrage kann und muss über einen handlungsfähigen Staat, der in Bildung und Forschung investiert, sichergestellt werden.

Um die Krisen schaffende Ungleichheit in unserem Land nicht weiter zu erhöhen, sind in unserem Land auch wieder Löhne nötig, die die Arbeitnehmer an den Produktivitätsfortschritten teilhaben lassen. In Deutschland ist die Lohnquote mit 62,5 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Sie liegt auch niedriger als die der EU 15, der USA oder Japan.

Ein Zitat zu diesem Thema möchte ich Ihnen daher nicht vorenthalten, sie können jetzt schon überlegen, von wem es stammt:

*„Zu wiederholten Malen habe ich darum erklärt, dass der so oft geübte grundsätzliche Widerstand der Arbeitgeber gegenüber Lohnerhöhungen, die dank einer gesteigerten Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft nicht nur möglich, sondern für die Stabilität unserer Währung sogar notwendig und sinnvoll sein können, nicht in das System der Marktwirtschaft passt. Ein solcher Widerstand missachtet die Zielsetzung der Marktwirtschaft, so wie ich sie verstehe, sogar gröblich.“*

Das Zitat ist nicht von Keynes, auch nicht von Michael Sommer. Es ist von Ludwig Erhard. Und zwar aus dem Buch „Wohlstand für alle“, mit dem sich der neue Wirtschaftsminister Brüderle kürzlich in einer Sonntagszeitung hat ablichten lassen. Nach seinen letzten öffentlichen Einlassungen kann ich ihm nur empfehlen, mehr als die Klappentexte zu lesen.

Das gilt auch für seine Steuerpläne: Ich habe vorhin bereits deutlich gemacht, dass es offenbar keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen niedrigen Steuersätzen und Investitionen gibt. Wir haben in Deutschland eine Steuerquote, die mit 23 Prozent im OECD-Vergleich die fünf-niedrigste ist und trotzdem ist die Investitionsquote in diesem Jahrzehnt deutlich gesunken. Die Parole „mehr Netto“ ist also nicht zwangsläufig die beste Strategie, um mehr Investitionen auszulösen.

Der Grundgedanke des von mir skizzierten „Pakts der Vernunft“ basiert also auf vier politischen Komponenten:

1. Reale Investitionen und Innovationen werden steuerlich begünstigt und öffentliche Investitionen ausgeweitet, dafür werden Vermögen und Finanztransaktionen stärker besteuert. Für ökologisch wirksame Investitionen gibt es zusätzliche Anreize.
2. Deutschland macht sich auf den Weg, endlich auf das durchschnittliche Niveau der OECD-Bildungsausgaben zu kommen. Das sind 20 Milliarden EURO pro Jahr mehr als bisher.
3. Um die staatliche Verschuldung dadurch nicht weiter steigen zu lassen, müssen überflüssige und vor allem ökologisch schädliche Subventionen abgebaut werden.
4. Die im internationalen Vergleich überdurchschnittliche hohe Belastung von Arbeitseinkommen über Sozialabgaben sollte langfristig reduziert werden, dafür müsste ein größerer Teil der sozialen Sicherung über Steuern finanziert werden. Wem es ernst ist mit der Forderung „mehr Netto vom Brutto“ muss den Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung senken und nicht die Einkommensteuer.

Alle diese Gedanken knüpfen auch am dem an, was Frank-Walter Steinmeier mit seinem „Deutschlandplan“ begonnen hat. Bereits in diesen Deutschlandplan ist viel Sachverstand aus der Wirtschaft eingeflossen. Und wir wollen weiter daran arbeiten. Darum möchte ich Sie als Arbeitgeber in Deutschland ganz herzlich einladen, an diesem Prozess mitzuwirken.

Ich glaube, zumindest hoffe ich es, dass wir durch die Krise an einen Punkt gelangt sind, an dem der Gegensatz einiger alter Glaubenssätze produktiv aufgelöst werden kann.

Der Wirtschaftsnobelpreisträger George A. Akerloff zeigt mit seinem Kollegen Robert J. Shiller in einem Aufsehen erregenden Buch („Animal Spirits. Wie Wirtschaft wirklich funktioniert“) auf, dass es einen Zusammenhang zwischen guten und schlechten wirtschaftlichen Phasen und der Qualität des Vertrauens in die Wirtschaft gibt. Sie veranschaulichen dies an einem Beispiel. Nach der Großen Depression, zu Beginn der 40er Jahre wurde das Kartenspiel Bridge immer beliebter. Bridge ist ein Spiel, das auf Kooperation basiert.

Heutzutage hingegen ist Poker das populärste Kartenspiel. Poker spielt jeder allein, mit hohen Einsätzen und hohem Risiko. Und der Erfolg basiert nicht selten auf Täuschung. Das haben wir bitter erfahren müssen.

Meine Bitte ist: Lassen Sie uns wieder mehr Bridge zusammen spielen.